

leichtes Heizöl würde noch über dem gegenwärtigen Marktpreis liegen. Sein Vorstandsvorsitzer Albert Hallmann gar lobte ungeniert in einem Zeitungs-aufsatz Kraft und Stärke der Öl-Multis. Ihm gilt nur eine Einschränkung: „Bei allen Vorzügen, welche die integrierten Mineralölgesellschaften in der weltweiten Energieversorgung auszeichnen, wäre es zuviel verlangt, wollte man ihnen das Vollbringen von Wundern abfordern.“

In der gleichen Ausgabe des „Handelsblatts“ konnte Hallmann gar noch das Lob jenes Ministers lesen, dessen Beamte gegen seine Gesellschaft ermittelten. Wirtschaftsminister Friderichs schrieb: „Wer die ungeliebten multinationalen Konzerne aus seinem Lande herausgraut, heimst vielleicht emotionalen Beifall ein, aber gefährdet energieabhängige Arbeitsplätze.“

UNTERNEHMEN

Alarm aus Passau

Kommanditisten der Hamburger Heiner-Braasch-Gruppe wollen in den Gesellschaften ihres geflohenen Konzern-Chefs wieder Ordnung schaffen.

Bei der Schweizer Kreditanstalt in Genf baten in der vergangenen Woche mehrere Herren von der deutschen Wasserkante um einen „dringenden Konferenztermin“. Thema des Meetings, zu dem sich die Eidgenossen wegen ihres strengen Bankgeheimnisses bisher nicht bereifinden mochten: „Forderungen der Kreditanstalt gegen

den Hamburger Reeder Heiner Braasch.“

Auftraggeber der deutschen Delegation waren Kommanditisten der Braasch-Gesellschaften, die befürchten, daß der vor kurzem ins Ausland abgewanderte Konzernchef seinen Mitgesellschaftern unbekannte Millionen-Schulden hinterließ. Kommanditisten-Sprecher Ulrich Strasser: „Allein in Genf hat sich Braasch rund zwölf Millionen Mark geliehen.“

Soblang die Schiffe im Chartergeschäft noch Geld verdienen, besteht für die rund 2000 Anteilseigner, vorwiegend Ärzte, Steuerberater und andere wohlhabende Freiberufler, keine unmittelbare Gefahr. Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hat Braasch jedoch mindestens sechs Millionen Mark Steuern hinterzogen, die das Finanzamt jetzt zurückfordert.

Um in den Genuß der Zonenrandabschreibung zu kommen, ließ der Flottenchef in Lübeck zum Beispiel 15 Kommanditgesellschaften registrieren. Tatsächlich wurden die Reederei-Geschäfte aber nur über das Hamburger Firmenhauptquartier abgewickelt.

Als Beweis für die Geschäftstätigkeit im unterentwickelten Grenzland diente dem Reeder zunächst lediglich ein Lübecker Briefkasten, später ein zehn Quadratmeter großes Zimmer An der Untertrave 107. Staatsanwalt Hans-Joachim Wehrmann: „Nur von Zeit zu Zeit ließ sich dort ein Angestellter der Firma blicken.“

Selbst versierte Kommanditisten wie der ehemalige Präsident der Bundesärztekammer, Professor Ernst Frömm (Einlage: 25 000 Mark), und die Vermögenskammer Seiner Königlichen Hoheit Herzog Philipp Albrecht von Württemberg (Einlage: 100 000 Mark) mochten indes Honorigkeit und Verlässlichkeit ihres Flottenchefs nicht in Zweifel ziehen.

Dabei gab es schon bei den ersten Gesellschaftsgründungen Ende der sechziger Jahre Anlaß genug, dem Firmenchef zu mißtrauen. Bei der

Abschreibegesellschaft „MS Hamburg Tor KG“ etwa hatte sich Braasch im Gründungsexposé zum Kauf eines 25 300 tdw großen Frachters verpflichtet. Unter dem Vorwand, für ein solches Geschäft gebe es „Registrierungsschwierig-



Braasch-Villa in London, Angestellter: Partner getäuscht

REED



Braasch-Gegner Strasser
Betriebsverluste entdeckt

keiten“ und „nicht ausreichende Absicherung der Zeitcharterfrachten“, erwarb er jedoch nur einen 3300-Tonner

Durch die Transaktionen verblieben ihm von den 1,8 Millionen Mark Kommanditeinlagen der Gesellschaft rund 850 000 Mark, die er eigenmächtig in eine Beteiligung an der „Heiner Braasch Schiffsahrts-Gesellschaft MS Hamburger Wall KG“ verwandelte. Die Kommanditisten konnten auf einer später einberufenen Gesellschafterversammlung nur noch „rügen“, daß der Firmenchef sie „vor vollendete Tatsachen gestellt habe, die nicht mehr rückgängig zu machen seien“.

Damit die Kommanditisten dem Hauptgesellschafter gewogen blieben, wurden sie von Braasch ständig mit kleinen Gefälligkeiten verwöhnt. So verschickte er an seine Gesellschafter zu allen möglichen Anlässen Schiffsbilder, Reedereiflaggen für den Stammtisch und andere Erinnerungspräsentate. Außerdem durften die Kommanditisten an „Stapelläufen“ und festlichen „Probefahrten“ teilnehmen.

Die „Fahrt im gemeinsamen Boot“ (Braasch) wurde unterbrochen, als der Passauer Kommanditist und Autohändler Ulrich Strasser Geschäftsgebahren und Bilanzen der Braasch-Gruppe untersuchte und dabei „von Jahr zu Jahr steigende Betriebsverluste“ entdeckte.

Der Bilanzschnüffler fand schließlich auch heraus, warum der Fehlbetrag vorerst keinen Konkurs auslösen konnte. Nach Strassers Beobachtungen pumpte Braasch nämlich immer wieder Kredite „in Höhe des Betriebsverlustes“ in die Firmenkasse.

Auf den Passauer Alarmruf meldeten sich inzwischen so viele Kommanditisten, daß die Gesellschafter jetzt auch auf eine Neuordnung des Braasch-Imperiums drängen können. Sobald ihre Experten die Untersuchungen in Ham-

burg und Genf abgeschlossen haben, wollen sie auf den Gesellschafterversammlungen der Braasch-Firmen für klare Verhältnisse sorgen. Strasser: „Notfalls werden wir ein Schiff verkaufen und eine neue Gesellschaft gründen.“

UMWELT

Stinkt und röhrt

Unmittelbar nachdem der DGB ein Umweltprogramm beschlossen hatte, verstieß die IG Bergbau gegen wichtige Vorschriften des Projektes.

Unter schweren Kristall-Lüstern im Ballsaal des Düsseldorfer „Intercontinental“ feierten Gewerkschafter aufgeräumt das Ende eines monatelang erbittert geführten Streits. Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes verabschiedete einstimmig ein 61-Seiten-Papier: das „DGB-Umweltprogramm“.

Das war Anfang März 1974. Wenige Wochen später ist ihnen die eigene Resolution nicht mehr recht geheuer. Kaum hatten die Funktionäre die gepflegte Umwelt des Spitzenhotels wieder mit dem heimatlichen Smog vertauscht, verstieß die IG Bergbau und Energie (IGBE) gegen Programmpunkt Nr. 23.

Laut dieser Vorschrift verdienen „Verbote, Auflagen und Umweltverträglichkeitsprüfungen... den Vorrang vor allen anderen Instrumenten, wenn es gilt, unaufschiebbare Ziele durchzusetzen und die Einführung bereits bekannter umweltfreundlicher Techniken zu erzwingen“.

Mitte März indes verlangte die Bergbau-Gewerkschaft schriftlich von Kanzler Brandt, die „Technische Anleitung Luft“ der Bundesregierung müsse — jedenfalls was die Kraftwerke angeht — entschärft werden. Unverblümt gab die IGBE zu erkennen, daß sie lieber die Umwelt als die Arbeitsplätze gefährdet sieht.

Dieser Konflikt hatte bereits die Beratung des Umweltprogramms erschwert. Hatte der DGB-Vorstand ursprünglich beabsichtigt, die zahlreichen Bürger-Initiativen mit Lob zu bedenken, so werden die privaten Umweltschützer und Arbeitsplatz-Gefährder in der Endfassung nicht mehr erwähnt. Abteilungsleiter Herbert Wiesner von der IG Chemie: „Gucken Sie sich die doch mal genauer an. Da gibt es doch kaum eine Bürger-Initiative, die nicht egoistische Interessen verfolgt.“

Widerstand regte sich sogar dagegen, das Papier vom Bundesausschuß verabschieden zu lassen: Dadurch bekäme das Programm — so die Widerständler im DGB — mehr Gewicht, die peinliche Konfliktsituation der Gewerkschaften mehr Publizität. Erst nach einem Plädoyer des Vorsitzenden Vetter

konnten die Programm-Thesen das zwischen den DGB-Kongressen höchste Gremium passieren.

Die Skepsis in den eigenen Reihen war nicht zuletzt durch einschlägige Vorfälle genährt worden: Vor einem Jahr verfügte das Duisburger Gewerbeaufsichtsamt, den neuen Hochofen „Schwelgern 1“ der August-Thyssen-Hütte stillzulegen. Doch vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf verzichtete das Aufsichtsamt nach einer Intervention von Betriebsrat und Unternehmensleitung auf die Durchführung des Stilllegungsbeschlusses. Die Arbeitsplätze blieben erhalten.

„Die Mitglieder erwarten von uns“, klagt denn auch Herbert Wiesner von der IG Chemie, Papier und Keramik, „daß wir ihnen helfen. Dann kommen wir in das Dilemma: Umweltschutz oder Arbeitsplatzsicherheit.“

Für die Gewerkschaften zieht gar noch eine andere Gefahr am Smog-Himmel auf. Von der Industrie wird „immer wieder darauf hingewiesen“ (Wiesner), daß sie die Kosten für den Umweltschutz bei künftigen Lohnverhandlungen berücksichtigen müsse.

Folgerichtig will der DGB sein neues Umweltprogramm kaum noch als aktuelle Lebens- und Entscheidungshilfe verstanden wissen. Detlef Hensche etwa, DGB-Abteilungsleiter für Gesellschaftspolitik und Ko-Autor des Umweltprogramms, bleibt eher allgemein: „Eine Vereinigung zwischen dem Interesse am Arbeitsplatz und an sauberer Umwelt ist langfristig sehr wohl möglich, nur brauchen wir da mehr staatliche Maßnahmen, mehr gesellschaftliche Kontrollen.“

Hochofen der Thyssen-Hütte in Duisburg Vom Betriebsrat genehmigt

